

2818-2272

Machtübernahme 1933 – Alles auf legalem Weg?

Von

Irene Streng



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

I. Warum dieses Buch?	13
II. Einige Thesen vorweg	17
III. Quellenlage	19
IV. Verschiedene Ansichten über Legalität bei der extremen Rechten	21
1. Goebbels – „In drei Stunden bin ich wieder immun. Gottseidank!“	21
2. Hitler – „Bebrillte Theoretiker und ihre Doktrin“	23
3. Frick – Die „Schwatzbude“ als Plattform	24
4. Hans Frank – Parteijurist und legal, aber nicht auf dem legalen Weg	26
5. Warum überhaupt Legalität? – Der Ulmer Reichswehrprozeß	27
6. Legalität und Wesenskern der Verfassung	32
V. Zweiteilung des legalen Weges in die Abschnitte: Schlüsselpositionen und Machtausbau	35
VI. Legaler Weg auf Länderebene	37
1. Lehrstück Thüringen	40
a) Frick und die thüringische Polizei	41
b) Das thüringische Ermächtigungsgesetz	43
2. Bollwerk Preußen	44
a) Keine „Machtergreifung“ mit der Landtagsauflösung 1930/1931 ..	45
b) Keine „Machtergreifung“ wegen der geänderten Geschäftsordnung .	46
c) Keine „Machtergreifung“ durch ein Mißtrauensvotum	48
d) Keine „Machtergreifung“ mit einer Ministeranklage 1932	51
e) Der Preußenschlag – keine „Machtergreifung“, aber ein Schritt in die Richtung	53

f) Vorteile des Preußenschlages für den legalen Weg	55
g) Gefahr des Preußenschlages für den legalen Weg	57
h) Preußenschlag, Reichsreform und Gleichschaltung	59
VII. Legaler Weg auf Reichsebene	63
1. Brüning und die Diktatur (Art. 25, Art. 48 WV)	64
2. Reaktion der Rechtsprechung	67
3. Politische Lehren für den legalen Weg	67
4. Heuern und Feuern (Art. 53 WV)	69
VIII. Reichspräsidentenwahl 1932	72
IX. Die Aussprache am 13. August 1932 und der Schriftwechsel vom November 1932	75
1.„die von ihm vorgeschlagene Lösung“	79
a) Die Führung oder die gesamte Macht?	81
b) Erst ein Präsidialkabinett, dann das Ermächtigungsgesetz	86
2.„zum Sturz des Reichspräsidenten“	91
a) Präsidentenanklage	92
b) Eine Marionette als Stellvertreter	95
X. „So wird der Alte gezwungen, Hitler zu ernennen.“	99
1. Rechtsverletzung durch die Notverordnungs politik?	99
2. Rechtsverletzung durch den Preußenschlag?	100
3. Rechtsverletzung durch den Staatsnotstand?	101
4. Staatsnotstand und Bürgerkrieg	114
5. Die Kamarilla und der greise Reichspräsident	116
XI. Reichskanzler und „nur“ zwei nationalsozialistische Kabinettsmitglieder ...	120
1. Reichsinnenminister Frick	122
2. Minister ohne Geschäftsbereich Göring	123
XII. Politik aus den Schlüsselpositionen heraus	130
1. Zwei Situationen für den Staatsnotstand	131

2. Fricks Pressekonferenz vom 30. Januar 1933	132
3. Drei Verordnungen, um die Diktatur zu usurpieren – das „Verordnungs-Paket“	134
4. Auflösung des Reichstages	136
5. Göring schafft Anlässe	144
6. Musterkatalog der Notverordnungen	147
XIII. Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (SchubkastenVO)	149
1. Die Ministerbesprechung vom 25. November 1932 – ein Lehrbuch für Frick	152
2. Wirkung der SchubkastenVO	154
XIV. Verordnung gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933 (VO gegen Verrat)	156
XV. Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (ReichstagsbrandVO, RtBVO)	159
XVI. Staatsnotstand – Fricks Rede vom 23. Februar 1933	165
XVII. Ermächtigungsgesetz	170
1. Fricks Täuschungsmanöver	171
2. Der Trick mit der Geschäftsordnung	177
3. Ermächtigungsgesetz und Verfassung	182
4. Wirkungen des Ermächtigungsgesetzes	184
XVIII. Perfektes Timing	189
XIX. „Betrogene Betrüger“ – Die Sicht der politisch Verantwortlichen	192
1. Zähmungskonzept	197
2. Faschingskanzler – schnell abgewirtschaftet und eingerahmt	197
3. Duumvirat oder Kanzler mit Vize?	199
4. „Wir haben ihn uns engagiert“	200
5. „In die Ecke gedrückt, daß er quietscht“	204

XX. Regierung Hitler – letztes der Präsidialkabinette oder Novum?	205
XXI. Ende des legalen Weges – kein Ende des legalen Weges	207
Anhang	210
1. Die wichtigsten Gesetze und Verordnungen	210
a) Artikel der Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Verfassung; WV) vom 11. August 1919	210
b) Zur Problematik des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes	211
c) Ministeranklage in Preußen	212
d) Die Verordnungen des Preußenschlages	212
e) Das „Verordnungs-Paket“	214
f) Das Ermächtigungsgesetz – Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. 1933 I., S. 141)	217
2. Biographisches Personenverzeichnis	218
Quellen- und Literaturverzeichnis	227
1. Dokumente, amtliche Sammlungen	227
2. Zeitschriften, Zeitungen und Jahrbücher	228
3. Literatur	228